Rede des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt vor der Steuben-Schurz-Gesellschaft in Berlin, 17. Januar 1958

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich meinen Betrachtungen eines Bürgermeisters einer Stadt drei Vorbemerkungen vorausschicke. Die erste Vorbemerkung ist diese: Jeder von uns, der sich mit dem weltpolitischen Geschehen befaßt, empfindet immer wieder seine Hilflosigkeit, und ihn überkommt immer wieder ein Gefühl der Ohnmacht, wenn er sich zwischendurch fragt: machst du dir wirklich deine Überlegungen in Kenntnis aller wichtigen Tatbestände? Und wenn man dann sagen muß, sich selbst sagen muß: nein, das tust du ja gar nicht, denn du sprichst über die Dinge, über Dinge heutzutage, von denen du zum Teil nichts weißt oder wissen kannst!

Was will ich damit sagen? Wir reden zum Beispiel über die Vorschläge, die der frühere amerikanische Botschafter in Moskau, George Kennan, neulich, als er in England war, im Rahmen einer Vortragsserie der BBC unterbreitet hat und die in der ganzen Welt diskutiert worden sind — beachtliche Gedanken, wie ich glaube. Um einen Punkt herauszugreifen: George Kennan empfiehlt in Übereinstimmung mit zahlreichen Menschen in Europa, mit manchen Amerikanern, aber auch im Gegensatz zu vielen Amerikanern, eine Entschärfung der militärpolitischen Lage auf dem europäischen Kontinent. Nun ist die Debatte in Gang zwischen Leuten, die dafür sind und solchen, die dagegen sind und die ihre Verzierungen anbringen zu dem, was er vorgebracht hat. Ich möchte wissen, wie viele derjenigen, die sich an dieser Debatte beteiligen, eigentlich etwas von den waffentechnischen Voraussetzungen wissen, um die es sich dabei handelt. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die von diesen waffentechnischen Voraussetzungen wirklich etwas verstehen. Sehen Sie, meine Damen und Herren, dort wo wir ganz allgemein stehen, sind wir auf einem Spezialgebiet. Die Zeit, die schöne Zeit des vorigen Jahrhunderts und vielleicht noch der Jahrhundertwende — ja, wenn es hochkommt, noch die Zeit bis zum ersten Weltkrieg, ist längst vorbei. Ich meine damit die Zeit, in der ein gebildeter Mensch in der Lage war, sich im wesentlichen unterrichtet zu halten über das Wesentliche, was im geistigen Leben in bezug auf die wissenschaftliche, die technische Entwicklung sich vollzog. Und dann kam der große Einschnitt. Es kam die Zeit, in der man auf einem Gebiet gut Bescheid wissen und auf anderen Gebieten gerade noch ein bißchen was in sich aufnehmen konnte. Ich glaube nicht, daß das das Endstadium ist. Das wäre schrecklich für unsere zivilisatorische und kulturelle Entwicklung. Ich glaube, daß es sich wieder hineinentwickelt zu einer Gesamtschau der Dinge mit Hilfe anderer technischer und geistiger Mittel. Aber wir sind in dieser Zeit des Auseinanderklaffens. Wir überschauen, wenn wir Glück haben, einen Abschnitt und wissen ein bißchen vom übrigen.

An diesem Einzelbeispiel, von dem ich ausging, stellt sich nun heraus, daß so ein armer Suchender einen Militär fragt, wenn er schon genügend Vertrauen zur neuen Führung der Bundeswehr hat, dann fragt er einen der deutschen Generale; wenn er dann noch etwas reserviert ist, dann fragt er einen alliierten General: „Sagen Sie mal, Herr General, wie ist denn das, sind denn die westdeutschen Basen wirklich lebenswichtig für die Verteidigung der Vereinigten Staaten?" Und da kann er erleben, daß der eine, den er gefragt hat, ja sagt, und der andere, den er am nächsten Tage fragt, nein sagt. Und die Erklärung für das eine Ja und das andere Nein kann sein, daß wiederum auch unter den Militärs der eine schon von Dingen weiß, von denen der andere noch nichts weiß. Das ist eine der großen Schwierigkeiten, mit denen wir es heute zu tun haben. Und ich glaube, vieles von dem, was eben nun nicht nur in den Zeitungen steht, sondern was auch geredet wird, ist zurückzuführen auf eine mangelnde Gesamtschau der Dinge. Und vieles von dem, was an außenpolitischer Polemik in der westlichen Welt vonstatten geht, ist darum ein Schattenboxen, weil die wirklichen Größen nicht wirklich kenntlich gemacht werden oder gemacht werden können.

Die zweite Vorbemerkung, die ich machen möchte, ist diese: Der Herr Bundespräsident hat in seiner Neujahrsansprache einige Bemerkungen gemacht, die, wenn man will, eine sehr harte Kritik darstellen an einem Prinzip, das die Amerikaner durch Wilson in die internationale Politik eingeführt haben. Denn das, was der Bundespräsident zu diesem Teil in seiner Neujahrsansprache gesagt hat, läuft hinaus auf eine Abkehr von der offenen Diplomatie oder, wie ich es nennen möchte, der Diplomatie auf dem offenen Marktplatz. Es läuft hinaus auf eine Rückkehr zu mehr vertraulichen Formen des zwischenstaatlichen Verkehrs. Ich glaube, daß die Erfahrungen der hinter uns liegenden Jahre, sowohl der Jahre, die dem zweiten Weltkrieg vorausgingen, wie der Jahre jetzt nach dem zweiten Weltkrieg, gezeigt haben, daß bestimmte Dinge, wenn sie überhaupt angepackt werden sollen, nicht angepackt werden können auf die Weise, daß man zu einer Versammlung fertig geschriebene Reden mitbringt. Dann kann man es so machen, wie es in dem wunderbaren französischen Film „Le Roi" geschildert wurde. Ich weiß nicht, wer von Ihnen den Film gesehen hat und ihn noch in Erinnerung hat — ein reizender René Clair-Film glaube ich, war es. Da spielte sich das so ab, daß die Botschafter fremder Länder, die dem König ihre Beglaubigungsschreiben überbrachten, auf die bei solchen Gelegenheiten sonst zu haltenden Reden verzichteten. Der König auch. Jeder hatte nur eine Rolle mit dem Manuskript der Rede. Man tauschte die Rollen aus, anstatt die Reden zu halten. Die Methoden internationaler Konferenzen der letzten Jahre können ebensogut ersetzt werden durch dieses Austauschen der fertigen Reden beziehungsweise dadurch, daß man die Pressechefs zu den Konferenzen schickte — mit allem Respekt vor den Pressechefs — und ihnen eine genügende Zahl von press releases mitgeben würde, um diese Standpunkte nun der Öffentlichkeit bekanntzumachen.

Meine dritte Vorbemerkung betrifft folgendes: sie ist spezieller, sie bezieht sich mehr auf unsere innerdeutsche Debatte, auf die Art, wie wir in

den freien Teilen Deutschlands miteinander verkehren, wenn es sich um Fragen der auswärtigen Politik handelt. Auch auf die Gefahr hin, daß ich auf der einen und auf der anderen Seite mißverstanden werde, möchte ich sagen, das Unerträgliche der innerpolitischen, der innerdeutschen Debatte zu außenpolitischen Fragen in diesen Jahren ist die auf mehreren Seiten vorhandene, immer unerträglicher werdende Selbstgefälligkeit (Beifall), ist auf mehreren Seiten die Enge der vorgetragenen Gesichtspunkte, ist die Neigung, rechthaberische Ansprüche vor dem Suchen nach dem, was wirklich ist, rangieren zu lassen.

Sehen Sie, wenn wir einige Monate zurückgehen und uns noch einmal an die Debatten erinnern, die öffentlich in Deutschland im Frühherbst vergangenen Jahres geführt worden sind, dann kann man sagen, daß sich vielfach — nicht in allen Fällen — politische Repräsentanten gegenüberstanden; die auf der einen Seite sagten, es habe sich in der Welt in den letzten Jahren nichts verändert, es sei alles beim alten geblieben und daher könnten auch wir beim alten bleiben. Die auf der andern Seite sagten oder versuchten, den Anschein zu erwecken, als ob sie, sie allein, über den Schlüssel zur Lösung der großen, uns aufgegebenen Fragen verfügten. Und beides war falsch. Beides war unangemessen. Beides bildete im Grunde eine Barriere auf dem Wege zu dem Neuland, auf das wir uns hinbewegen müssen. Obgleich ich neuerdings auch im engeren politischen Bereich eine zusätzliche Verantwortung habe übernehmen müssen, bitte ich meine Betrachtungen hier und bei anderer Gelegenheit nicht einfach einzwängen zu wollen in die Standpunkte, die sich nun in der Bundesrepublik zu diesen Fragen seit Jahren starr gegenüberstehen. Ich finde, daß auch jemand, der in einer Stadt wie Berlin Verantwortung trägt und der seine politische Heimat in einer der großen Parteien hat, das Recht haben muß, seine eigene Meinung zu diesen Dingen vorzutragen (Beifall). Ich meine auch, daß wir beginnen sollten bei der Frage, ob es denn auch nur annähernd, auch nur andeutungsweise richtig ist, daß sich in diesen letzten Jahren, sagen wir mal in den Jahren seit dem Koreanischen Krieg, nichts Wesentliches verändert hätte in dieser Welt. Ich finde, verändert hat sich Wesentliches, zumindest auf drei Gebieten:

Erstens: Die Welt ist in den Jahren seit dem zweiten Weltkrieg und vor allem noch einmal seit 1950/52 buchtsäblich sehr viel farbiger geworden.

Zweitens: Die militärtechnischen und strategischen Voraussetzungen zur Zeit des Koreanischen Krieges und zur Zeit unserer deutschen Debatten um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stimmen heute durchweg nicht mehr.

Drittens: Die Entwicklung oder die sich andeutende Entwicklung in der Sowjetunion selbst und im übrigen kommunistisch regierten Teil der Welt berechtigen nicht nur, nein, sie verpflichtet zu anderen Überlegungen als sie angestellt wurden zu jener Zeit, in der man glaubte, daß die Weltenuhr dort stillstehen bleibe, wo ein kommunistisches Regime begonnen habe, ein Land zu regieren.

Was den ersten Punkt angeht, nämlich die nüchterne, ja ich möchte sagen banale Feststellung in einem solchen Kreis wie diesem, daß die Welt buchstäblich farbiger geworden sei, so kann ich mich mit ganz wenigen, glaube ich, erläuternden Bemerkungen begnügen.

Was haben wir in diesen Jahren alles erlebt? Wir haben erlebt, daß sich die eine Hälfte der Menschheit in einem sehr widerspruchsvollen Prozeß, in einem uns nicht immer sympathischen Entwicklungsvorgang befindet, aber immerhin nicht nur den Anspruch darauf anmeldet, mit am Tisch der internationalen Verhandlungen zu sitzen, sondern tatsächlich schon mit am Tisch sitzt. Und das Gewicht dieser einen Hälfte der Menschheit, der Asiaten und der Afrikaner, nimmt nicht nur von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, sondern von Jahr zu Jahr zu. Daher hat es gar keinen Zweck, zu lamentieren, sondern da hat es nur einen Sinn, sich zu überlegen, wie kann Europa oder wie können, was noch besser wäre, Amerika und Eruropa gemeinsam in ein vernünftiges Verhältnis guter Zusammenarbeit mit dieser afro-asiatischen Welt gelangen?

Ich darf hier eine Bemerkung machen, die sehr kritischer Art ist. Aber ich bedaure, sie nicht in Watte einpacken zu können. Die westliche Welt, die demokratischen Staaten, haben die große Chance gehabt, den Prozeß der Ablösung des Kolonialsystems alter Prägung Hand in Hand gehen zu lassen mit wirklichen Anstrengungen, mit Leistungen, die vollbracht werden müssen, wenn die Welt von morgen gekennzeichnet sein soll durch friedliches und freiheitliches Zusammenwirken zwischen diesen Völkern und uns. Die westliche Welt, die demokratischen Staaten, haben, von lobenswerten Ansätzen und Versuchen abgesehen, dieser großen Aufgabe gegenüber im Grunde bisher jämmerlich versagt. (Beifall).

Warum können wir uns in diesem Teil der Welt und in Amerika zu den wirklich großen Aufgaben immer nur dann durchringen, wenn die ersten Schüsse gefallen sind? Warum können wir uns nicht zu wirklich großen Anstrengungen durchringen bevor sie fallen? Ich habe mir vor zwei Jahren — ich weiß nicht, ob die Liste heute noch stimmt — nein, vor einem Jahr, eine Liste der Mitgliederbeiträge verschiedener Nationen zum technischen Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen für die Entwicklungsländer angesehen. Das haben wir uns ja immerhin schon angewöhnt, daß wir Entwicklungsländer sagen statt unterentwickelte Gebiete. Aus dieser Statistik ergab sich, daß die Bundesrepublik Deutschland als mit dieser Sonderorganisation der UN verbundener Staat ungefähr so viel beisteuerte wie das Königreich Dänemark. Das war nicht ganz angemessen. Gewiß, wir haben große innere eigene Aufgaben zu lösen. Aber schließlich sollten wir uns daran erinnern, daß wir nicht so rasch wieder auf die Beine gekommen wären, wenn nicht ein paar Spritzen von woanders her dazu beigeholfen hätten, uns wieder so rasch auf die Beine zu bringen. Nun, inzwischen haben wir etwas mehr getan, aber bei weitem nicht das, was der Größe der Aufgabe angemessen ist.

Die Dinge sind unglaublich ernst. Wenn wir einmal von dem Sonderfall Japan absehen, dann wird auf dem asiatischen Festland der Welt von morgen dadurch bestimmt, ob man sich nach dem chinesischen oder nach dem indischen Beispiel beziehungsweise Versuch orientiert. Aber das indische

Beispiel oder der indische Versuch wird dadurch entschieden, wie sich die übrige Welt zu Indien stellt und was man dafür zu opfern bereit ist, was man bereit ist, in die Sache hineinzustecken. Nebenbei gesagt, nicht nur aus reinem Altruismus, denn wenn man es richtig macht, wird es sich morgen, und wenn nicht schon morgen, dann übermorgen bezahlt machen. Wir haben immer noch eine Chance besonderer Art. Wir sind etwas zögernd an diese Aufgabe herangegangen. Wir haben das große Glück, daß wir die Kolonien rechtzeitig losgeworden sind. Und manche draußen in der farbigen Welt glauben, daß sich dahinter ein besonderer Idealismus unsererseits verberge. Man soll die Feste feiern wie sie fallen. Hier liegt eine besondere Chance der deutschen Politik, der deutschen Wirtschaft, des deutschen Geisteslebens. Ich möchte meinen, daß die Zeit jetzt langsam gekommen ist, in der wir auch manche Minderwertigkeitskomplexe in dieser Frage abstreifen und uns stärker in die Lösung dieser Dinge mit hineinbegeben könnten. Sei es durch gemeinsame Leistungen europäischer Art, sei es durch europäisch-amerikanische Organisationen, sei es auf dem Wege über die UN, sei es aber in dem einen oder anderen Fall auch durch eigene Leistungen oder durch Leistungen, an denen jeweils zwei oder drei Nationen wegen der Besonderheit der Aufgabe beteiligt sind. Hier liegt eine große, eine gewaltige Aufgabe vor uns. Die Russen lassen es sich was kosten. Sie haben es leichter, die dort regieren, — wenn Sie so wollen — als wir. Aber ich kann mir vorstellen, daß es in den indischen Dörfern in diesen Monaten manchen Analphabeten gibt, der sehr große Augen macht, wenn ihm ein kommunistischer Agitator sagt: Da oben saust was um die Erde rum, das haben die Russen gemacht. Die waren Analphabeten, wie wir noch vor vierzig Jahren, und da seht ihr, wie weit auch ihr kommen könnt, vielleicht nicht erst in vierzig Jahren, vielleicht schon rascher. Die Versuchung ist unendlich groß. Doch ich glaube, das Spiel ist für die freie Welt nicht verloren. Aber wir müssen uns beeilen.

Ich darf ein paar Bemerkungen mehr zum zweiten Punkt machen, nämlich zu der einfachen Feststellung, der ernsthaft kaum noch jemand widersprechen kann, daß sich die waffentechnischen und die strategischen Voraussetzungen gegenüber der Zeit des Koreanischen Krieges in vieler Hinsicht grundlegend gewandelt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mich jetzt zu diesem Thema äußere, so tue ich es nur mit nochmaliger Unterstreichung meiner ersten Bemerkung. Aber es ist doch wohl so, daß wir es heute in der Welt mit etwas zu tun haben, was wir ein Terrorgleichgewicht nennen dürfen, ein Terrorgleichgewicht ohne jede moralische Wirkung. Heute noch gestützt auf Wasserstoffbomben, morgen vielleicht schon auf Fernraketen und übermorgen vielleicht auf Sputniks. Und es ist vielleicht auch wahr, daß die Frage, wer wieviel von einer bestimmten hypermodernen Massenvernichtungswaffe hat, uninteressant zu werden beginnt. Denn, wenn die einzelne der hypermodernen Massenvernichtungswaffen in der Lage ist, Millionen Städte zu vernichten, dann ist es nicht mehr so furchtbar interessant, ob der eine von den Dingern ein paar

mehr hat als der andere. Immerhin, ich leite aus diesem Terrorgleichgewicht keine tief pessimistischen Schlußfolgerungen ab. Ich gehöre zu den Leuten, die sich eine Arbeitshypothese zurecht gelegt haben, die da sagt, eine gewisse Chance für uns alle steckt darin, daß die Mächtigen dieser Welt ein gemeinsames Interesse daran haben, daß die Welt nicht in die Luft fliegt. Nicht deswegen, weil ihnen der Buckel schon so juckt, daß demnächst die Engelsflügel zu wachsen beginnen, sondern weil sie eben ganz real ein Interesse daran haben, nicht mit in die Luft zu fliegen. Das ist eine neue Sache. Ich habe diese einfache Wahrheit zum erstenmal zu spät erfahren, viel zu spät, im Frühjahr 1955 in einem Gespräch mit Bertrand Russell. Er hat es damals — er hatte es schon vorher geschrieben, aber allzu viele hatten es überlesen — er hat es in die ganz einfache Formel gebracht, daß das, was uns jetzt bevorsteht, daß es das in der bisherigen Geschichte der Menschheit noch nie gegeben hat. Kriege hat es gegeben solange es Menschen gibt. Aber es hat noch nie eine Lage wie die gegeben, auf die wir uns im Eiltempo hin entwickeln. Wenn wir den Punkt nicht schon erreicht haben, nämlich daß die Entscheidung über einen mit den modernen Massenzerstörungsmitteln ausgetragenen Krieg gleichbedeutend sein wird mit der Entscheidung darüber, ob die Menschheit weiterexistiert oder nicht.

So einfach ist es. So schrecklich einfach. Und der Einwand, ja, es braucht ja nicht so schlimm zu kommen, man kann es ja auch mit anderen Waffen machen, der Einwand berührt nicht diesen Punkt. Natürlich gibt es auch solche Möglichkeiten, die Möglichkeit stellvertretender Kriege. Aber dieser Einwand geht im Augenblick an dem Punkt, an dem mir liegt, vorbei. Denn der Punkt, auf den ich hinaus will, ist der, wenn die sehr primitive Arbeitshypothese auch einiges für sich hat, dann ergibt sich aus ihr so etwas wie objektiver Zwang aller Beteiligten oder der Hauptbeteiligten, sich trotz aller Dinge, die sonst zwischen ihnen stehen, immer noch einmal wieder um bestimmte Ordnungselemente des Zusammenlebens der Staaten zu bemühen. Und ich glaube — trotz aller Geschichten die sonst da sind — an diesen objektiven Zwang. Und darum glaube ich auch, daß das, was in London geplatzt ist, als man sich von der Basis der UN und des Abrüstungsausschusses der UN aus unterhalten hatte, daß das nicht ein letztes Wort war, sondern daß man wieder zusammenkommen wird. Vielleicht, wer weiß, sitzt man schon irgendwo zusammen, um diesen Versuch zu machen, auf dessen Erfolg wir setzen müssen. Denn wenn dieser Erfolg ausbleibt, dann besteht die Gefahr, daß es beim Terrorgleichgewicht nicht bleibt. Nicht deswegen, weil die eine oder die andere Seite es doch anders versuchen wollte, sondern weil ja auch mal etwas schiefgehen kann, weil ja auch einfach vorher nicht einzukalkulierende Faktoren selbständig tätig werden können.

Ich bin also der Meinung, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß anders als unmittelbar nach dem zweiten Weltkriege, anders noch als zur Zeit des Koreanischen Krieges auf Grund der technischen, der wissenschaftlichen, der waffentechnischen Entwicklung, unbeschadet des Risses, der sonst durch die Welt geht, dieser Versuch, Ordnungselemente zu entwickeln, ge-

macht werden muß. Gerade von uns gemacht werden muß, damit die Menschheit überleben kann. Aber ich werde nicht so weit gehen, zu sagen, daß deswegen, weil man diesen Versuch machen muß, man die eigenen Verteidigungsanstrengungen aufgeben muß. Das ist eine Schwarzweißmalerei, die der Wirklichkeit nicht gerecht wird, sondern man muß zu einem vernünftigen Abwägen der Dinge nebeneinander kommen. Man muß aber vielleicht doch wohl bereit sein, mehr bereit sein als in der hinter uns liegenden Zeit, lieb gewordene Ideen, Planungen von Militärs, die sich häufig auf die Erfahrungen vergangener Kriege stützen, jedenfalls häufiger als auf das, was irgendwann kommt, im Lichte neuer Erfahrungen zu überprüfen. Man muß vielleicht auch ein bißchen mehr bereit sein als in den hinter uns liegenden Jahren, die militärischen Fragen, die Sicherheitsfragen in ihrem Zusammenhang mit den politischen Problemen zu betrachten. Damit bin ich bei meiner dritten Feststellung angelangt, nämlich bei der Bemerkung, daß auch im Osten die Weltenuhr nicht still stehengeblieben ist, daß auch dort die Entwicklung weitergeht. Nicht so wie wir sie uns wünschen, aber sie geht weiter. Bevor ich dazu einige Ausführungen im einzelnen mache, beginne ich mit einer politischen Fragestellung, die unmittelbar an das anknüpft, was ich eben über den Zusammenhang zwischen dem Militärischen und dem Politischen gesagt habe. Ich weiß nicht, ob es Ihnen nicht auch manchmal so geht, jedem von Ihnen so wie mir: Wenn ich an den 17. Juni 1953 denke, dann überkommt mich ein Gefühl der Scham. Da frage ich mich, was hat sich denn eigentlich abgespielt? Haben wir damals den Mut gehabt, uns und anderen, die es angeht, klarzumachen, einigermaßen ehrlich zu sagen, worum es ging und wie die Lage war. Was hatte sich abgespielt? Hunderttausende, Millionen von Menschen in den uns umgebenden Teilen Deutschlands hatten sich erhoben und viele von ihnen hatten die westliche Politik dahin mißverstanden, als liefe sie auf eine militärische Freisetzung dieser Menschen hinaus. Als gelte es nur, gewissermaßen eine militärische Freisetzung herauszufordern. Viele waren zu dieser Annahme gekommen aus der Stimmung des Verzweifelten heraus, einer solchen Verzweiflung, die bis zu dem Punkt geht, an dem man sagt: lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Aber viele hatten auch ganz einfach Radioansprachen und Reden und Artikel falsch aufgefaßt. Und was hat sich dann ergeben? Ergeben hat sich dann ganz kühl und nüchtern, daß an ein militärisches Engagement nicht gedacht wurde, wohl auch nicht gedacht werden konnte, wegen der schon damals unüberschaubaren Konsequenzen eines solchen Engagements. Eine Folge dieser falschen Hoffnungen waren starke Depressionen. Die Zahl der kaum noch Hoffenden hat daraufhin in der Zone zugenommen.

Dann haben wir das Ganze, vielfach verstärkt, am ungarischen Beispiel Ende 1956 erlebt. Diese noch sehr viel stärkere Erhebung von Millionen Menschen, die frei sein wollten und unabhängig sein wollten und die ja nicht alle Großgrundbesitzer sein konnten, wie die kommunistische These lautete. Dann müßte es furchtbar viele Großgrundbesitzer in Ungarn geben, die ihr Land wiederhaben wollen. Das waren einfache Menschen aus allen Schichten des Volkes, die sich dort erhoben und erfreulich viele junge Menschen und geistig

tätige Menschen unter ihnen. Und wieder dasselbe! Auch sie hatten vielfach die westliche Politik mißverstanden. Auch ihnen gegenüber wieder neben den Bekundungen der Solidarität, der Verbundenheit, die nüchterne Erklärung: militärisch können wir euch nicht helfen. Aus! Aus! Damit war's im Juni 1953 aus und damit war's Ende 1956 in Ungarn aus. Und manchen von uns hat seitdem die Frage gequält: War die einzig mögliche Alternative zum militärischen Nichtstun das politische Nichtstun? Oder war es so, daß von uns — und mit uns meine ich jetzt die westliche, die freie Welt — das aus den erwähnten Gründen aufgezwungene, objektiv bedingte militärische Nichtstun hätte kompensiert werden können durch ein stärkeres aktiveres politisches Ringen? Es sei denn, man meint, das hat alles keinen Zweck, eines Tages bricht die Sowjetherrschaft sowieso zusammen, dann werden sich die Dinge neu regeln und die Sowjetherrschaft wird zu Ende gehen, so wie alle Regime und Weltreiche dieser Art abgelöst worden sind. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Die Frage ist nur, ob das nicht ein bißchen lange dauert und ob man nicht der Menschen wegen, auch in unserem Falle unserer Menschen wegen und der anderen Europäer wegen, um die es geht, den Versuch machen sollte, auch vorher schon die Lage zu erleichtern und verändern zu helfen.

Nun wird die Debatte — und damit greife ich zurück auf meine Bemerkung zum Thema Rechthaberei — durch diejenigen Rechthaber belastet, die sagen: ja, wenn ihr unserem Vorschlag gefolgt wärt, dann hätten wir schon das und das erreicht, dann wäre Deutschland schon wiedervereinigt, dann wäre Polen schon frei und dann wäre dies und jenes nicht mehr. Jedenfalls kann das keiner beweisen. Das, was die Verfechter einer Alternativpolitik oder einer aufgelockerten Politik bestenfalls vorbringen können und wofür sie Respekt erbitten können, ist, daß ihrer Meinung nach größere Anstrengungen gemacht werden sollen, um auf die Entwicklung in Moskau und woanders im Osten einzuwirken. Nun mag man sagen, was ist das doch für ein Tor, der dort steht und sagt, man solle die Entwicklung im Osten beeinflussen. Das geht doch gar nicht. Nun, es geht jedenfalls nur sehr schwer. Aber ich darf doch einfach mal folgende Frage aufwerfen, die zeigt, daß sich auch ohne unser Zutun schon einiges verändert hat. Wenn wir hier in diesem Kreis vor zwei Jahren über das deutsch-polnische Verhältns gesprochen hätten, dann wäre bestimmt jemand aufgestanden — und ich hätte ihm nicht widersprechen können —, der gesagt hätte: das ist doch alles dummes Zeug, das gibt es doch gar nicht mehr, sondern das ist eine Frage zwischen Deutschland und Rußland. Es gibt, so hätte man damals argumentieren können, in der europäischen Politik keinen eigenen Faktor Polen mehr. Ihr Adressat, so hätte man mir damals sagen können vor zwei Jahren, ist nicht Warschau, sondern Moskau. Das ist heute nicht mehr ganz richtig. Ich sage nicht, es ist schon ganz falsch. Aber es ist nicht mehr ganz richtig, sondern heute müßte man sagen: wenn es sich um das Verhältnis Deutschland—Polen handelt, gibt es einen Doppeladressaten Warschau und Moskau.

Da ist an einem kleinen Beispiel gezeigt, daß etwas sich zu ändern begonnen hat. Es hat sich etwas verändert, unabhängig von unserem Einwirken.

Und hier und da haben wir durch unsere törichten Reaktionen Entwicklungen sich nicht weiterentwickeln lassen, sondern wir haben sie gehemmt. Dieses ganze törichte Gerede über die deutsch-polnischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt: wenn wir handelsmäßig und wirtschaftlich dies und jenes mit den Polen machen, dann trennen wir dadurch den Gomulka richtig von den Russen. Über ein Jahr ist das durch die deutschen Zeitungen gegangen. Das, was diese Karte hätte wert sein können, das war sie nicht mehr wert. Aber außerdem hat man sie gar nicht mal ausgespielt. Es hat sich hier etwas verändert, nicht nur von oben her, sondern auch in den Völkern selbst. Ich werde nie vergessen, wie mancher von uns am 5. März 1953 verblüfft war, als uns Ernst Reuter in einer hingeworfenen Bemerkung sagte: „Heute wurde ein neues Kapitel im Buch der russischen Geschichte aufgeschlagen." Einfach so dahingesagt. Das war der Tag, an dem Stalin starb. Wir haben es zu einem Ohr reingehen und zum anderen wieder rausgehen lassen. Wir haben nicht sehr viel mit der Sache verbunden. Ich weiß aus meiner späteren Befassung mit dem, was Ernst Reuter in den letzten sechs Monaten seines Lebens gedacht, was er aufgeschrieben, was er gesagt, was er vor allen Dingen während seiner Amerikareise im Jahre 1953 auch in vertraulichen Gesprächen diskutiert hat, wie sehr er wußte, daß dort ein Einschnitt war.

Wenn wir uns jetzt auf folgendes verständigen können: daß man nicht glaubt, eine Entwicklung im bolschewistischen Rußland und im übrigen kommunistisch regierten Teil der Welt ist nur dann eine Entwicklung, wenn sie eine Entwicklung zu uns hin ist. Es gibt manche, die so denken, aber es ist nicht ganz vernünftig, so zu denken. Schön wäre es vielleicht. Aber woher nehmen wir eigentlich das Recht zu glauben, daß die Regierungsformen, die sich für 20 Prozent der Menschheit infolge eines geschichtlichen Entwicklungsprozesses herausgebildet haben, nun mir nichts dir nichts zum allein zu befolgenden Vorbild für die übrige Menschheit gemacht werden müssen? Das ist noch ein sehr langsamer, langwieriger Prozeß zur Selbstregierung der Völker hin. Jedenfalls gibt es Entwicklungen aus diesen Regimen selbst heraus. Zwei darf ich hier andeuten. Es ließe sich zu beiden, wenn man wollte, den ganzen Abend reden und sogar verhältnismäßig Vernünftiges sagen. Das eine ist dies: Die Sowjetunion selbst bringt aus ihren eigenen Gegebenheiten neue Probleme hervor, einfach deswegen, weil sie zur zweiten Industrienation der Welt geworden ist. Das mag uns auch nicht passen.

Es ist trotzdem eine Tatsache, daß die Sowjetunion ebensoviel Stahl produziert wie die ganze Montanunion zusammen und wahrscheinlich in einigen Jahren mehr. Das heißt, daß immerhin eine Industriegesellschaft geschaffen worden ist, wenn auch mit den brutalsten Mitteln, mit für uns unerträglichen Mitteln. Nun aber, nachdem die Grundlagen dieser Industriegesellschaft gelegt sind, ergeben sich, ohne daß ich Anleihen bei der materialistischen Geschichtsauffassung zu machen brauche, gewisse, ich möchte fast sagen zwangsläufige Differenzierungserscheinungen aus den Gegebenheiten einer solchen Industriegesellschaft. Zum Beispiel, daß der qualifizierte Mann, der in dem technischen Ablauf einer solchen Gesellschaft steht, andere Ansprüche

stellt, wenn auch heute erst bescheiden — stellen muß — als der Mann, der vom Dorf in die Werke bei Magnitogorsk oder wo immer vor 15, vor 20 Jahren hineingepreßt wurde. Das Zweite aber, was uns, viele von uns, im Jahre 1956 und auch 1957 so stark beschäftigt hat, war die Entwicklung in den Ländern zwischen Rußland und Deutschland. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: wenn ich vorher, was die Entwicklung in der Welt angeht, Pessimist gewesen wäre, dann hätte ich mir 1956 überlegt, ob es nicht besser sei, zu einer mehr optimistischen Einstellung überzugehen. Aber ich war vorher auch schon ein beherrschter Optimist und dabei werde ich bleiben. Der Grund aber, mit sehr viel mehr Mut und Zuversicht in die Zukunft zu schauen, lag in den Bewegungen, von denen Polen und Ungarn und zum Teil die Zone erfaßt wurden. Die Zone allerdings in schwächerer Form, aus vielen Gründen, nicht zuletzt wegen der über zwanzig Divisionen und wegen der nachwirkenden Enttäuschung des 17. Juni 1953. Aber Polen und Ungarn zeigen uns plötzlich 1956, Polen noch 1957, daß die Macht der Geschichte stärker ist als die vorgefaßte Meinung der Ideologen. Aber vor allen Dingen zeigen uns Polen und Ungarn und manches, was wir über die sowjetrussische Jugend von heute wissen, und manches, was wir von den sowjetrussischen Schriftstellern heute wissen, daß diejenigen unter uns unrecht gehabt haben, die in den schwersten Nachkriegsjahren, als der Feind die Hand an unserer Gurgel hatte, glaubten, einem solchen Regime sei es möglich, eine ganze junge Generation umzumodeln als sei sie aus Wachs. Das war doch die vereinfachte Vorstellung vergangener Jahre und das war die große Angst, die häufig hinter den Diskussionen um die Zukunft stand. Diese Wachs-Theorie ist widerlegt worden. Und sie ist darum so stark widerlegt worden, weil das, was sich in Polen und in Ungarn von seiten der jungen Menschen, der Studenten und der Arbeiter abgespielt hat, nicht das Fortwirken einer liberalen Tradition war. Das hat hier und da auch eine Rolle gespielt, das Erbe der Familie. Nein, das Wesentliche war, daß aus den Herzen des besten Teils der jungen Generation selbst dieses Streben — drücken wir es ganz bescheiden aus — nach ein bißchen mehr Unabhängigkeit kam, ein bißchen mehr Wahrhaftigkeit und auch ein bißchen mehr Schönheit im Leben. Das ist den Menschen eingegeben und das setzt sich im besten Teil der jungen Generationen, vielleicht nicht in jeder Generation, durch. Daß es sich nur im besten Teil durchsetzt, ist keine pessimistische Aussage, denn man braucht kein Verächter der Demokratie zu sein wenn man der Meinung ist, daß die Weichen der geschichtlichen Entwicklung immer von Minoritäten gestellt werden. Sie müssen es allerdings verstehen, für sich und für ihren Standpunkt die Mehrheit zu gewinnen.

Meine Damen und Herren! Sie spüren vielleicht, daß ich bei diesem dritten Punkt auf ein Gebiet gekommen bin, das mich etwas leidenschaftlicher beschäftigt als die anderen. Aber wie sollte das anders sein, wenn man hier in Berlin sitzt und versucht, sich eine Vorstellung davon zu machen, was denn unsere Lage hier bedeutet, was denn unsere Rolle sein kann. Natürlich ist es schon eine schöne, eine wichtige Aufgabe und ich verkenne sie gewiß nicht, für die Mitbürger Häuser zu bauen, die Schornsteine rauchen zu lassen, Hochschulen zu errichten und die Sachen, die uns jeden Tag alle miteinander, den

einen auf diesem Gebiet, den andern auf jenem Gebiet beschäftigen, zu bewältigen. Aber es geht um etwas mehr. Es geht zum Beispiel schon seit einiger Zeit darum, ob wir nicht finden, daß die deutsche Politik irgendwann auch mal das andere Bein heruntersetzen sollte. Was will das sagen? Die deutsche Außenpolitik steht seit 1949 auf einem Bein. Das war verständlich und wer immer in Bonn regiert hätte in diesen Jahren, hätte es, richtig verstanden, als seine Aufgabe betrachten müssen — über Nuancen kann man streiten —, unser Verhältnis zur westlichen Welt, zu Amerika und zu Westeuropa einschließlich England, in Ordnung zu bringen. Aber da lauert nun die andere Aufgabe, nicht im Gegensatz dazu und nicht im Sinne einer Schaukelpolitik, die man uns mit Recht ankreiden würde, sondern gestützt auf die Freundschaft mit dem Westen und jeden Schritt abgesprochen mit unseren westlichen Freunden, doch auch das andere Bein — und das heißt Ostpolitik — herunterzusetzen. Meine Damen und Herren, verzeihen Sie den ketzerischen Satz, den ich jetzt sagen werde: Bei allem Respekt, den man vor allen vom Bundesratspräsidenten gegenüber den Institutionen, die vorübergehend in Bonn am Rhein tätig sind, erwarten darf, glaube ich, daß die Notwendigkeit für ein Land, das zwischen Ost und West liegt, trotz der Zugehörigkeit zur westlichen Gemeinschaft eine Ostpolitik zu entwickeln, eben in Berlin auf Grund seiner Lage stärker empfunden wird als am linken Ufer des Rheins. (Beifall.) Nicht aus bösem Willen der Beteiligten, sondern ich glaube in der Tat, daß hier die geographischen Bedingtheiten auch politische Konsequenzen nach sich ziehen und daß uns hier, ohne daß wir allzu viel miteinander streiten, die Aufgabe zufällt, im innerdeutschen Gespräch dem etwas hinzuzufügen, was ja schon in der Entwicklung begriffen ist. Die Aktivierung der deutschen Ostpolitik hat nun zunächst mit dem Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien begonnen! Es wird auf diesem Gebiet sicher noch manches neu zu überlegen sein. Unsere Aufgabe in Berlin kann nicht darin bestehen, so etwas wie eine eigene Außenpolitik machen zu wollen. Wir wären Narren, wenn wir diesen Versuch unternehmen wollten. Wir gehören zu einem einheitlichen Gebiet, wirtschaftlich, finanziell und politisch — rechtlich ist das ein bißchen umstritten. Manche der Thesen, die Professor Kröger in der sowjetzonalen Zeitschrift „Außenpolitik" dieser Tage verbreitet hat, stimmen ja allzu sehr mit manchen Einwänden alliierter und westdeutscher Freunde gegen die stärkere Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik überein. Aber wie dem auch sei, wir gehören dazu, das heißt, wir müssen das, was wir zu sagen haben, in der innerdeutschen Debatte an den Mann bringen.

Oder noch anders gesagt: Wir können in Berlin nicht den Ehrgeiz haben, uns als außenpolitische Querfeldeinmarschierer zu betätigen, sondern wir müssen unsere Aufgabe darin sehen, unsere gedanklichen Beiträge in Bonn an den Mann zu bringen, dort mit in die Debatte zu werfen. Und dort, wo wir eigene kleine Schritte, Sondierungen oder was auch immer unternehmen, können sie nur das Ergebnis vorheriger vertrauensvoller Aussprache und Verständigung mit den bundesrepublikanischen Faktoren wie mit unseren westlichen Freunden sein. Das heißt, ich wollte weiterhin lieber für eine Weile auf für notwendig gehaltene Initiativen verzichten, wenn ich befürchten

müßte, daß sie, isoliert in Angriff genommen, das Vertrauensverhältnis erschüttern müßten, auf das wir angewiesen sind. Auf das wir uns sicher nicht aus opportunistischen Gründen berufen wollen, sondern das wir zu einer indiskutablen Grundlage unseres Wirkens machen wollen.

Werte Versammlung! Damit bin ich so ziemlich am Ende der Randbemerkungen zur internationalen Politik. Ich bin mir darüber im klaren, daß das, wenn man sich dabei auf eine Stunde begrenzt, nicht sehr tiefgründig sein kann. Man kann ein paar Dinge nur antippen. Wenn es dabei gelingt, den einen oder den anderen zum Widerspruch herauszufordern, so ist das großartig. Wenn es gelingt, den einen und den anderen dazu zu bewegen, vielleicht dieser oder jener hingeworfenen Bemerkung nachträglich noch Beachtung zu schenken, so ist das noch besser. Ich darf Ihnen nur eins sagen: Seien Sie davon überzeugt, daß diejenigen, die für kürzere oder für längere Zeit für Berlin zu sprechen haben, in ihrer täglichen Arbeit und in ihren Kontakten, die mit den bevorstehenden Auslandsreisen zusammenhängen, sich von dem Bestreben leiten lassen werden, die Zusammenarbeit, die sich in schwerster Zeit bewährt hat, nicht erschüttern zu lassen, sondern noch zu festigen. Aber diese Zusammenarbeit auch als Grundlage freier Aussprache aufzufassen. Zu der Erörterung der Probleme, die vor uns liegen, gehört neben dem immer wieder neuen Überprüfen der Möglichkeiten, wie der Friede bewahrt werden kann, vor allem auch, ob nicht etwas mehr als bisher geschehen kann, um mit politischen Mitteln durch geistige Anstrengungen manches von dem etwas mehr in Bewegung zu bringen, was viele vor einigen Jahren noch für unveränderlich hielten. Was dessen ungeachtet aber schon jetzt, bis heute nicht unverändert geblieben ist.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.